



DIE
ZUKUNFT *DER STADT ZUG*
GESTALTEN

*ZIELE DES
STADTRATES*

*EINWOHNERGEMEINDE
ZUG*

1

Die wegleitende Absicht

Der Stadtrat Zug hat sich zu Beginn der neuen Legislaturperiode entschieden, die politischen Schwerpunkte in den Abteilungen durch eine gemeinsame politische Absichtserklärung des Stadtrates zu erweitern. Die politischen Perspektiven, die im Folgenden vorgestellt werden, beruhen auf einer Analyse der Stärken und Schwächen der Stadt Zug und formulieren eine politische Leitidee, die wie folgt zusammengefasst werden kann:

Der Stadtrat Zug will dazu beitragen, den Standort Zug als attraktiven Lebens- und Wirtschaftsraum zu fördern, indem Zug

- als Wohnort und als Erholungsraum für alle Bevölkerungsschichten und Altersgruppen hohe Lebensqualität wahrt;
- der jugendlichen Bevölkerung hervorragende Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten eröffnet;
- die Einwohnerinnen und Einwohner unabhängig von Herkunft und kultureller Prägung motiviert, sich gemeinsam für eine hohe Lebensqualität einzusetzen;
- gute Infrastrukturen für Arbeit, Erholung und Freizeit bietet;
- zukunftsgerichtete, entwicklungs-fähige Berufe und Arbeitsplätze fördert;
- den guten Ruf als internationaler Wirtschaftsplatz sichert;
- zwischen Zürich und Luzern einen eigenständigen Charakter weiterentwickelt.

Wege bereiten, begehen, bewältigen.



2 Neue Anforderungen an die politische Kultur in der Stadt Zug

Zug weist nach wie vor hervorragende Voraussetzungen aus, um die künftigen Aufgaben in einer sich rasch verändernden Welt zu bewältigen. Es ist aber nicht zu verkennen, dass andere Städte im In- und Ausland den Abstand verkleinern und ihrerseits Vorzüge aufweisen, die für den persönlichen oder wirtschaftlichen Standortentscheid bedeutsam sein können.

Der Stadtrat ist der Auffassung, dass über eine gesunde Finanz- und Steuerpolitik hinaus die Stadt Zug in den folgenden Bereichen besondere Anstrengungen unternehmen muss:

2.1. Die Nutzung des hohen Potenzials der Zuger Bevölkerung

In Zug leben Menschen mit unterschiedlichen wirtschaftlichen, kulturellen, persönlichen Erfahrungen, die für die Entwicklung des Gemeinwesens genutzt werden können. Über die traditionellen Möglichkeiten der politischen Beteiligung hinaus ist anzustreben, dass interessierte Einwohnerinnen und Einwohner in Arbeitsgruppen, Hearings und Vernehmlassungen an Entwicklungen teilnehmen können. Voraussetzung ist, dass die Behörden ihre Absichten, Ziele und Lösungsvarianten rechtzeitig zur Diskussion stellen.

2.2. Die effiziente Aufgabenteilung zwischen allen politischen Entscheidungsebenen

Angesichts des raschen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels sind an die Politik hohe Anforderungen an ihre Reaktionsfähigkeit gestellt. Diese kann erhöht werden, wenn die Anzeichen für Veränderungen frühzeitig erkannt, Ziele formuliert und in mög-



Zusammentreffen, zusammensitzen, zusammen reden.

liche Handlungsvarianten umgesetzt werden. Gefragt ist operative Beweglichkeit und strategische Voraussicht. Die strategische Voraussicht bedingt, dass sich Stadtparlament und Stadtregierung von operativen Aufgaben entlasten und grundsätzlichen Fragen zuwenden können. Dies kann bewirkt werden, indem die Verwaltung im Rahmen von Leistungsaufträgen, von klaren Finanzvorgaben und einem wirksamen Controlling befähigt wird selbstständiger zu arbeiten. Dabei muss die kundenorientierte, bürger-nahe Leistung der Stadtverwaltung erhalten bleiben.

2.3. Die Weiterentwicklung einer wirtschaftsfreundlichen Kultur

Die Attraktivität von Zug als Wirtschaftsstandort beruht auf dem günstigen Steuerklima und einer effizienten, unbürokratischen Verwaltung ebenso wie auf den Faktoren persönliche Sicherheit, Schutz vor neuen Formen der organisierten Kriminalität, Qualität des kulturellen Lebens, Bereitstellung hervorragender Bildungsangebote und soziale Integration der verschiedenen Bevölkerungsschichten.

2.4. Die effiziente Kommunikation

Die Kommunikation zwischen Stadtbehörde und Bevölkerung ist nach wie vor geprägt durch direkten Zugang und gute Erreichbarkeit der Behörden. Das Bild der Stadt und ihrer Behörden wird aber auch wesentlich über die Berichterstattung in den Medien geprägt. Die Stadtbehörden sind sich bewusst, dass ohne die Berichterstattung der unabhängigen Medien die Teilnahme der Bevölkerung am politischen Leben nicht möglich ist. Sie bemühen sich daher, engagierte Medienschaffende so früh und so transparent wie möglich zu informieren. Die Stadtbehörden nutzen aber auch neue Medien wie z. B. Internet, um den Dialog mit den Einwohnerinnen und Einwohnern zu erleichtern. Der öffentliche Auftritt der Stadt in den neuen Medien muss dabei qualitativ hohen Ansprüchen genügen, informativ, sachbezogen und verhältnismässig sein.



Bestandesaufnahme eines attraktiven Standortes.

3

Die politischen Schwerpunkte des Stadtrates

3.1. Die Förderung der regionalen Zusammenarbeit

Der Stadtrat sucht im Rahmen einer raschen Umsetzung des Projektes «Zukunft Zug» vor allem mit den Nachbargemeinden neue Formen der Zusammenarbeit, insbesondere in den Bereichen

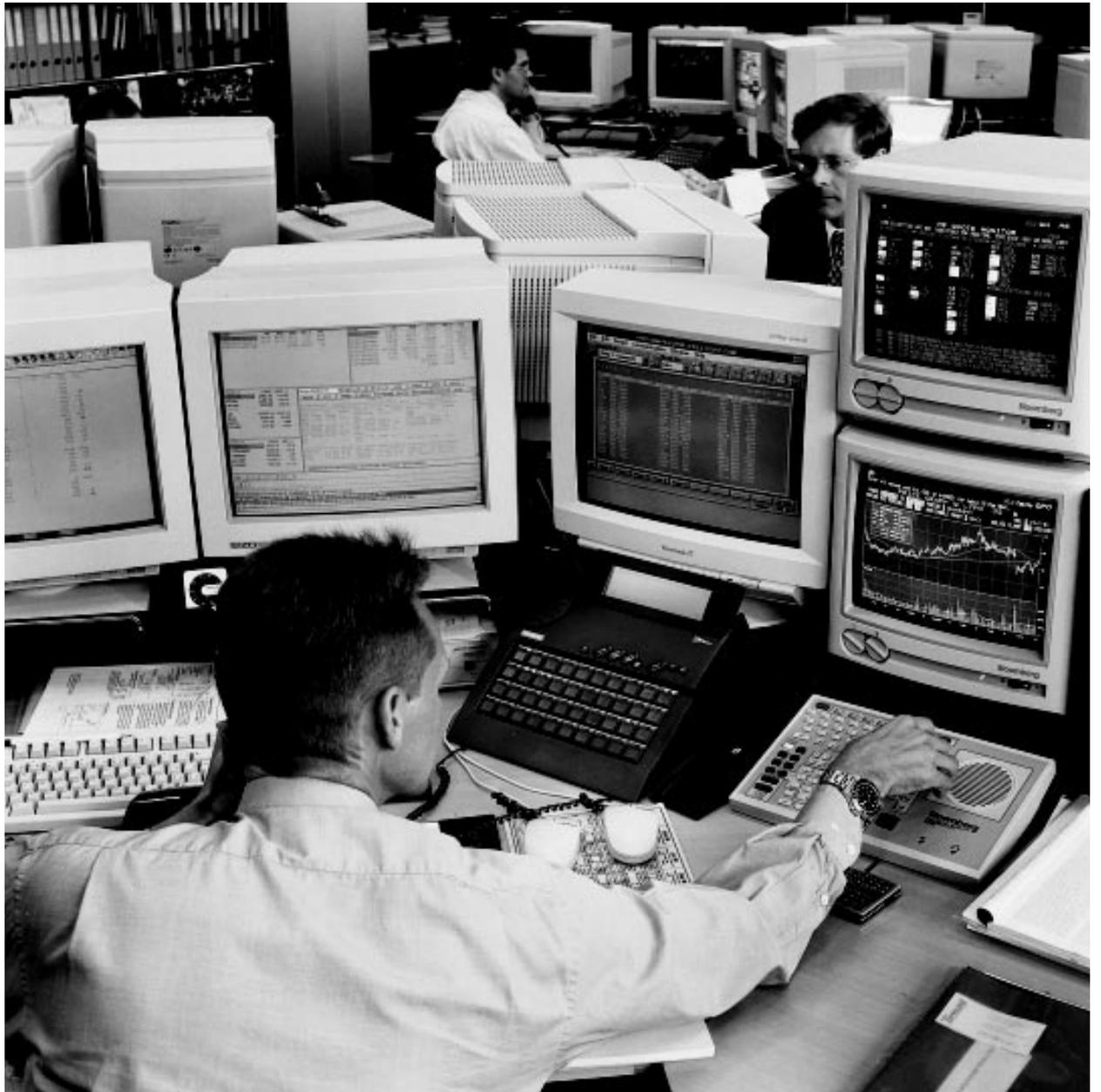
- Einwohner- und Arbeitsplatzentwicklung, Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftspolitik, Wirtschaftskriminalität
- Siedlungs- und Raumpolitik, Verkehrspolitik und gemeinsam nutzbare Infrastruktur
- Kultur, Freizeit und Sport
- Bildung, Weiterbildung
- Steuerpolitik und Erhaltung der Finanzstärke der öffentlichen Hand

In einem ersten Schritt soll mit den Nachbargemeinden das Gespräch im Hinblick auf den Abschluss einer Rahmenvereinbarung gesucht werden, die im Bereich der raumwirksamen Planungsmassnahmen und bei der Erfassung des Infrastrukturbedarfs eine Grundlage der Kooperation schaffen soll.

In einer weiteren Phase ist eine verstärkte Koordination des Angebots kommunaler Dienstleistungen, die Realisierung von Pilotprojekten und die Frage der notwendigen organisatorischen und politischen Strukturen zu erörtern.

3.2. Die Sicherheit der Zuger Bevölkerung

Die Sicherheit der Zuger Bevölkerung wird durch ein enges Zusammenwirken von Polizei, Freiwilliger Feuerwehr und Zivilschutz gewährleistet. Dazu braucht es das Bewusstsein und die Bereitschaft in der Bevölkerung, mit den Organen der Polizei, der Feuerwehr und des Zivilschutzes zusammenzuarbeiten und eine gemeinsame Verantwortung für die Sicherheit zu entwickeln.



Planen, realisieren, kontrollieren.

Sicherheit koordinieren und Präsenz zeigen.



Ab dem Jahr 2000 wird die Leistung der Stadtpolizei in der Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei noch umfassender erfolgen. Sie wird für die Bürgerinnen und Bürger in allen Sicherheitsfragen der wichtigste Gesprächspartner sein und überdies jene bürgernahen Dienste anbieten, die sich aus den zentralörtlichen Aufgaben der Stadt Zug ergeben. Die Sicherheitsbedürfnisse der Stadt Zug werden in der neugeschaffenen Sicherheitsdelegation zwischen Kanton und Stadt Zug formuliert und koordiniert.

Die Effizienz der Freiwilligen Feuerwehr ist hoch, ihre Flexibilität kann insbesondere durch eine neue Ausbildungsplanung, durch eine Anpassung der internen Organisation und EDV-gestützte Administration gefördert werden. Die Zusammenarbeit mit andern Gemeinden wird angestrebt. Durch verstärkte Kooperation mit andern Gemeinden wird die Effizienz des Zivilschutzes trotz geringerer Bestände gewährleistet werden.

3.3. Die Sicherstellung der Ressourcen

Erklärtes Ziel von Stadtrat und Verwaltung ist es, durch den effizienten Einsatz der vorhandenen Mittel beste Qualitätsvoraussetzungen für den Lebens- und Wirtschaftsraum Zug zu schaffen und mit innovativen Leistungen die bevorzugte Stellung unserer Stadt zu fördern.

Der künftigen Sicherung, Planung und Kontrolle der finanziellen Ressourcen ist ebenso wie ihrem zielgerichteten Einsatz höchste Priorität einzuräumen. Laufende Veränderungen in den Bereichen Aufgabenteilung, Finanzausgleich und Steuern sind frühzeitig zu erkennen. Neue Standortmassnahmen sind zu konzipieren und umzusetzen. Die dazu benötigten personellen, infrastrukturellen und finanziellen Mittel sind bereitzustellen.

Zur Umsetzung sind die notwendigen und geeigneten Planungs- und Kontrollsysteme einzuführen. Gemeinsame und aufgabenbezogene Zielsetzungen, Strategisches Controlling, eine koordinierte Projekt- und Ressourcenplanung und mittelfristige Zielsetzungen werden dazu ebenso wichtige Kom-

ponenten sein wie die Einführung der Kostenrechnung mit einer informativen Kosten- und Ertragstransparenz.

Einem «Standortverantwortlichen» soll eine permanente «Leitungsgruppe Standort» zur Seite gestellt werden. Aktive Kontakte zur Wirtschaft werden aufgebaut und systematisch gepflegt.

Diese Ziele können nur erreicht werden, wenn der Firmenkultur in der Stadtverwaltung ein neuer Stellenwert zukommt. Die Führungsleistung muss ebenso wie das Arbeits- und Sozialverhalten jedes Einzelnen qualifizierbar und quantifizierbar werden. Höchste Wichtigkeit wird der systematischen – sowohl aufgabenbezogenen als auch allgemeinen – Aus- und Weiterbildung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beigemessen.

3.4. Effiziente Verwaltung

Das Bestreben des Stadtrates ist es, neue Aufgaben und Herausforderungen unter Nutzung der vorhandenen personellen Ressourcen zu meistern und erst in zweiter Linie den Personalbestand zu erhöhen. Dies bedingt die Reorganisation und Weiterentwick-

lung unterstützender Mittel wie der Informatik, die Optimierung von Schnittstellen und den Abbau möglicher Doppelspurigkeiten. Aufgaben, die ausserhalb der Verwaltung effizienter gelöst werden können, sind verwaltungsexternen Funktionseinheiten zu übertragen.

Weitere Steuerungsmittel sind Leistungsaufträge im Sinne messbarer Zielvereinbarungen und ein transparentes öffentliches Rechnungswesen.

Die Organisations- und Führungsstrukturen der Verwaltung sind an wirtschaftlichen Dienstleistungsunternehmen zu messen, insbesondere bezüglich der Führung, der Motivation, der Ausbildung und der Förderung der Leistungsbereitschaft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Einführung leistungsabhängiger Elemente der Entlohnung ist vorgesehen.

3.5. Neuer Stadtauftritt

Der Stadtrat will eine hohe Übereinstimmung zwischen den politischen Leitvorstellungen zur Entwicklung der Stadt und dem Erscheinungsbild der Stadt in allen Publikationen, An-

schriften und öffentlichen Auftritten erreichen. Diese Aufgabe geht über einen modernisierten visuellen Auftritt hinaus und umfasst auch die Neuformulierung des Stadtleitbildes und die Weiterführung der Stärke- und Schwächeanalyse angesichts eines härteren Standortwettbewerbs.

Die Kommunikation über die Stadt muss inhaltlich die ganzheitliche Sicht eines lebenswerten Wohn- und Wirtschaftsstandortes wiedergeben. Sie muss überdies die Identifikation möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Stadt erleichtern und die Möglichkeiten der modernen Medien nutzen. Mit aktiver externer Unterstützung wird in der Amtsperiode 1999 – 2002 der neue Stadtauftritt geplant und umgesetzt.

3.6. Soziale Integration

Für die Lebensqualität in der Stadt sind die Formen des sozialen Zusammenlebens ebenso wichtig wie materielle Ressourcen und die Umweltqualität. Die Qualität des sozialen Zusammenlebens äussert sich u. a. in den familiären und nachbarschaftlichen Hilfenetzen, im Leben der

Quartiere und Vereine, in den kulturellen Aktivitäten. Die Qualität der sozialen Integration entscheidet letztlich darüber, ob vorhandene Spannungsfelder zwischen einem Teil der Jugendlichen, im Verhältnis zu Menschen ausserhalb sozialer Bindungen, zu ausländischen Einwohnerinnen und Einwohnern konstruktiv gelöst werden oder in Konflikte ausarten.

Vorgesehen ist, in Zusammenarbeit mit bestehenden Organisationen, einen Bericht zur sozialen Integration zu erstellen, in dem Aufgaben und Lösungsvorschläge entwickelt werden. Anschliessend sollen Prioritäten gesetzt und Projekte eingeleitet werden, wobei die Ausführung wenn immer möglich durch private Organisationen sichergestellt werden soll.

Den Anliegen der Kinder und Jugendlichen inklusive der familienexternen Kinderbetreuung wird ein besonders Augenmerk geschenkt.

4 Zusammenfassung

Zug soll für seine Einwohnerinnen und Einwohner, aber auch für die in der Stadt arbeitenden Menschen und ihre Arbeitgeber eine attraktive Stadt bleiben. Dieses Ziel ist unter Bedingungen anzustreben, die sich schnell verändern können. Darum will der Stadtrat politische Führungsaufgaben gegenüber operativen Tätigkeiten stärker gewichten, Entscheidungs- und Geschäftsabläufe optimieren, die Effizienz der politischen Arbeit steigern und die Ergebnisse der politischen Meinungsbildung verständlich und überzeugend zur Darstellung bringen.

Der Stadtrat wird die Umsetzung seiner politischen Absichten und die erzielten Ergebnisse regelmässig dokumentieren und zur Diskussion stellen, um möglichst viele Bürgerinnen und Bürger anzusprechen und zur Mitwirkung zu motivieren.

Zug, im Sommer 1999
Der Stadtrat

Diesen Bericht finden Sie auch auf dem Internet unter www.stadtzug.ch

Der Stadtrat:

Christoph Luchsinger	Stadtpräsident und Finanzchef
Toni Gügler	Vize-Stadtpräsident und Bauchef
Vreni Wicky-Bernold	Schulchefin
Hans Christen	Sicherheitschef
Eusebius Spescha	Chef Sozial-, Gesundheits- und Umweltabteilung
Albert Rüttimann	Stadtschreiber

Telefon 041 728 15 15
041 728 22 22 (in dringenden Fällen)
Fax 041 728 23 71
E-Mail albert.ruettimann@zug.zg.ch

Verbindungen sind erstellt. Benutzen wir sie!



